

COVID-19 in Südafrika und Simbabwe

Lockdown, um Zeit zu gewinnen

Nachdem Südafrika als eines der ersten Länder auf dem Kontinent COVID-19-Erkrankungen verzeichnete, schickte Präsident Cyril Ramaphosa am 26. März das ganze Land in einen scharfen Lockdown. Südafrika beklagt inzwischen 4500 Ansteckungen und 87 Todesfälle (Stand 26.4.2020). Immerhin: am 1. Mai dürfte es erste Lockerungen geben.

Wenige Tage nach Südafrika ging auch Simbabwe in einen umfangreichen Lockdown (am 30. März). Fast einen Monat später verzeichnet Simbabwe erst 31 bestätigte Ansteckungen und 4 Todesfälle (Stand 26.4.2020). Allerdings ist die Lage unübersichtlich, denn es werden nur wenige Tests durchgeführt. Ob und wie Simbabwe also am 3. Mai den Lockdown lockern kann, ist selbst wenige Tage vorher noch nicht zu beurteilen.

Mit dem Lockdown wollten die beiden Länder Zeit gewinnen, sich auf die COVID-19-Welle vorzubereiten. Südafrika und Simbabwe unternehmen einige Anstrengungen, um auf der Ebene des Gesundheitswesens auf die medizinische Herausforderung zu reagieren. Das Resultat ist unbefriedigend: Insbesondere in Simbabwe, dessen öffentliches Gesundheitswesen seit einiger Zeit komplett darniederliegt.

Eine junge Frau aus Simbabwe spricht für die Mehrheit: «Wir sind als Land sowieso schon ruiniert. Wir müssen unser tägliches Überleben über den Schutz vor einer Krankheit stellen, die uns vielleicht nicht einmal tötet. Es ist besser, sich den Virus einzufangen, während man sich irgendwie Geld zum Leben beschafft, als zuhause zu sitzen und zu verhungern.»

Inzwischen ist klar, dass der Lockdown viel zu wenig Rücksicht nimmt auf die Bedürfnisse der einkommensschwachen Bevölkerung, die in beiden Ländern die überwiegende Mehrheit ausmacht.

Zuspitzung von Ungleichheiten und Krisen

COVID-19 spitzt die Ungleichheit zwischen und innerhalb der Länder weiter zu. Die Pandemie ist für die meisten Menschen im südlichen Afrika nicht der Beginn einer Krise, sondern vertieft eine bestehende und umfassendere Misere. Viele Menschen litten bereits vor der Krise unter Hunger und Arbeitslosigkeit und unzählige werden, so die Voraussagen von

AnalystInnen, zusätzlich und langfristig unter die Armutsschwelle rutschen. Der COVID-19-Lockdown raubt den meisten Menschen die Möglichkeit, für ihr Überleben zu sorgen.

Es ist zu befürchten, dass die negativen strukturellen Auswirkungen auf die Volkswirtschaften im Süden schlimmer und langfristiger sein werden, als zum Beispiel in der Schweiz. Bereits jetzt sind Rohstoff- und Agrargüterpreise sowie Währungen zerfallen und Kredite teurer geworden. Die Nachteile Südafrikas und Simbawbes im globalen Austausch haben schon zugenommen.

Zeit verwenden um der Ungleichheit zu begegnen, statt Menschen einzusperren

Umso wichtiger wäre eine dezidierte Antwort auf die COVID-19-Krise. Denn damit würden wichtige Weichen für die Zukunft gestellt: Berücksichtigen die Hilfsmassnahmen von Staat, internationalen Organisationen und dem privaten Sektor die Rechte und Bedürfnisse der Benachteiligten? Oder zementieren sie eine autoritäre Welt, in der die «Habenichtse» (Südafrikas ex-Präsident Thabo Mbeki) entweder als «essenzielle Arbeitskräfte» ausgebeutet oder als überzählig ausgeschieden werden?

Die Krise könnte eine Chance sein: Zum Beispiel um teurer werdende Importe mit Kleinindustrien zu substituieren und die einseitige Abhängigkeit von den Weltmarktpreisen für Agrargüter zu reduzieren. Unsere Partner, wie das Livelihood und Research Desk von PYCD, denken bereits über solche Opportunitäten nach.

Unsere Solidarität ist gefordert! In einer Zeit, wo sich alle Staaten auf ihre eigenen Sicherungsnetze konzentrieren, zeigt sich deutlich, dass für viele Menschen im Süden solche Netze gar nie aufgebaut wurden. Ohne unser Handeln wird COVID-19 die Ungleichheit vertiefen. Als Antwort auf die Pandemie braucht es neben der humanitären Hilfe mehr Gerechtigkeit und einen neuen Gemeinschaftsvertrag zwischen reichen und armen Ländern. Sonst zahlen die Menschen im Süden einen unmenschlich hohen Preis für die fehlende Solidarität.

BHASO engagiert sich während des COVID-19 Lockdown besonders, damit HIV-Medikamente zugänglich bleiben.



fepa und Partnerorganisationen während der COVID-19 Pandemie

Alle fepa-Partnerorganisationen begegnen der COVID-19-Herausforderung aktiv. Sie schützen ihre MitarbeiterInnen und stehen auch während der Krise für die Interessen jener Menschen ein, die sie vertreten.

fepa hat alle PartnerInnen schnell mit Informationen, moralischer Unterstützung sowie flexiblen Finanzierungen versorgt. Unsere Partnerorganisationen wissen, dass wir ihnen solidarisch und längerfristig zur Seite stehen. Denn die Krise wird die Projekte noch lange beeinträchtigen: Ausbildungszentren wie das Kuwadzana Skills Training Center oder Gruppenkurse wie bei PORET bleiben länger eingeschränkt. Und die Informations- und Aufklärungsarbeit an der Basis wird vorübergehend auf kleine Gruppen beschränkt und mit viel Laufarbeit verbunden sein. fepa hat darum zusätzliche Mittel für die Informationsarbeit in den Gemeinschaften und den Schutz von Mitwirkenden überwiesen. Die Projektbeiträge passen wir flexibel

an die Entwicklungen an, damit die Organisationen und die Projektziele weiterleben.

Aktuell führen in Simbabwe die Menschenrechtsorganisationen YETT und PYCD Informationskampagnen durch, die sich besonders an junge Menschen richten. Zudem beobachten und kommentieren sie kritisch, wie sich die Massnahmen auf die Bevölkerung auswirken. In Südafrika setzt sich CKFCA besonders für den Gesundheitsschutz der FarmarbeiterInnen ein. fepa-Partner BHASO arbeitet in der Provinz Masvingo in Simbabwe auf Hochtouren, damit Menschen mit HIV trotz kaum noch zu erreichenden Gesundheitsposten zu ihren Medikamenten kommen.

fepa beschäftigt sich auch mit den strukturellen und langfristigen Auswirkungen der Pandemie für die Länder im südlichen Afrika und setzt sich für globale Solidarität ein.

fepa Webseite: Hintergrundinformationen und Positionen

Auf der fepa-Webseite informieren wir über die aktuelle Situation und über die Beobachtungen und Forderungen von Partnerorganisationen und der Zivilgesellschaft.

Auf fepafrika.ch/COVID-19 erfahren Sie zum Beispiel:

- dass der Lockdown in Südafrika und Simbabwe auch mit Gewalt und gegen Proteste durchgesetzt wird;
- dass es nicht ausreicht, Massnahmen aus anderen Ländern zu kopieren, wenn solche Massnahmen Armut und Ungleichheit vergrössern;
- wo es staatliche Investitionsprogramme gibt und welche Rolle die internationale Schuldenfrage für die Bewältigung der Krise spielt;
- welche Bedeutung (fehlenden) sozialen Sicherungsnetzen zukommt;
- ob die Gefahr besteht, dass Hilfe politisch vereinnahmt wird, und was das bedeutet?
- Welche spezifischen Auswirkungen die COVID-19 Pandemie auf die Frauen im südlichen Afrika hat;
- wieso demokratische Mitsprache und zivilgesellschaftliche Akteure zentral sind und welche Forderungen die aktiven BürgerInnen stellen;
- was fepa-Partnerorganisationen aktuell tun und wie wir sie unterstützen.

Alltag im Lockdown – Hunger und Verarmung

Zeit für einen sanften Einstieg in die Lockdowns gab es keine. Das führte zu Einkaufsstress und zu turbulenten Szenen bei den Bus-terminals – statt gerade in Simbabwe, wo viele versuchten, der Stadt zu entfliehen.

___Die Lebensumstände in den Townships und Vorstädten sind beengt. Wasser und Strom fehlen. Sogar Seife ist ein Luxusgut. In Notfallunterkünften für Obdachlose herrschen menschenunwürdige Verhältnisse.

___Der Lockdown bedeutet für die meisten, dass sie nicht mehr wissen, wovon sie leben sollen: Temporäre Angestellte wurden entlassen, StrassenhändlerInnen vertrieben, BäuerInnen können ihre Produkte nicht zum Markt bringen.

___Andererseits brauchen die Menschen diese Nahrungsmittel. Kaum jemand hat Einkommen oder Ersparnis, um sich für eine lange Zeit mit Esswaren einzudecken und noch weniger einen

Kühlschrank um Frischprodukte aufzubewahren. Die Preise für Nahrungsmittel sind massiv gestiegen und vieles ist in den Läden und auf den Märkten Simbabwes nicht mehr erhältlich.

___Der Zugang zum allgemeinen Gesundheitswesen ist schwierig geworden, das trifft Schwangere und all jene mit akuten Erkrankungen (z.B. Malaria) oder chronischen Krankheiten.

___Der Gesundheitsschutz ist für alle, die arbeiten müssen, unzureichend.

___Der Lockdown ohne adäquate Begleitmassnahmen verletzt also grundlegende Menschenrechte, wie jenes auf Nahrung.

___Trotz allem halten sich erstaunlich viele so gut es geht an die Regeln. Die Angst vor der Krankheit ist gross. Auch die gegenseitige Hilfe ist gross und viele mobilisieren ihre letzten Mittel und Kräfte.